

Kiel, 27.09.01

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Hermann Benker zu TOP 53:

Die Bedeutung des Handwerks

Zunächst eine Vorbemerkung: Es ist gut, dass wir uns in größeren Zeitabständen nicht nur mit Wirtschaftspolitik, sondern konkret mit der Situation des Handwerks beschäftigen. Nach der Großen Anfrage der CDU 1994 haben wir uns hier im Landtag vor genau zwei Jahren mit der Anfrage der F.D.P. beschäftigt. Auch wenn die Rahmenbedingungen größtenteils auf Bundesebene bestimmt werden, ist die Landesregierung dem Wirtschaftsbereich Handwerk bei der zukünftigen Weiterentwicklung ein verlässlicher Partner. Die steuerfreie Reinvestitionsrücklage ist z. B. eine erfolgreiche Maßnahme der Landesregierung.

Der Bericht heute und der Bericht von 1999 gehören zusammen. Für Schleswig-Holstein hat das Handwerk einen besonderen Stellenwert. Es ist ein zentraler Bereich schleswig-holsteinischer Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

Während im Bundesdurchschnitt 12,5 % der Erwerbstätigen im Handwerk zu finden sind, sind es in Schleswig-Holstein 20 %. Und hier wird auch ein Drittel aller Ausbildungsplätze vom Handwerk gestellt. Dafür haben wir dem Handwerk ausdrücklichen Dank zu sagen.

Wenn ein weiterer Satz Gültigkeit haben soll, nämlich „das Handwerk ist und bleibt eine stabilisierende Kraft für die Wirtschaft, den Arbeits- und Ausbildungsmarkt“

die gesamte Gesellschaft“, dann müssen wir den Herausforderungen Rechnung tragen.

Diese sind: Das Handwerk ist im wesentlichen regional tätig und hat einen überschaubaren Einzugsbereich. Das Handwerk ist eine nachfrageorientierte Dienstleistung. Gerade dies ist lebensentscheidend für eine gesunde Struktur im ländlichen Bereich. Der Trend der Handwerksbetriebe, sich außerhalb der Ballungszentren niederzulassen, ist ein statistischer Faktor für die ländlichen Gebiete. Aber: Wir beobachten, dass Güterproduktion und die Produktion von Dienstleistungen nationale Grenzen überschreiten und Entfernungen an Bedeutung zu verlieren beginnen. Bei Aufträgen an Generalunternehmen werden häufig Klein- und Kleinstbetriebe zu Unterauftragsnehmern, die nicht aus Schleswig-Holstein sind, Firmen, die oft während oder nach dem Auftrag gar nicht mehr existieren. Ich weise hier auf die besondere Verantwortung derjenigen hin, die für die Auftragsvergabe verantwortlich sind, damit nicht zuletzt Haftungsfragen und Gewährleistungsprobleme gelöst werden können.

Im Handwerk sind nach wie vor Familienbetriebe oder Personengesellschaften zu finden, daher werden die neuen innerbetrieblichen Organisationsformen von Großunternehmen auf das Handwerk noch stärker als bisher ausstrahlen. Das gilt sowohl für das „Outsourcen“ bestimmter Bereiche, als auch für Übernahmen von Serviceleistungen durch die Betriebe selbst, was nur handwerksintern gelöst werden kann.

Das Handwerk hatte bisher eine kontinuierliche Entwicklung sowohl in der Produktion selbst als auch häufig in den verwendeten Materialien und Werkzeugen. Aber der beschleunigte technische Fortschritt sowie die Notwendigkeit, auch für Umweltfragen Lösungen anzubieten – ich nenne hier nur die Einsparung von Strom und Wärme – erfordert eine noch schnellere Anpassung, und hier werden in der Regel die Grenzen, insbesondere in der Liquidität des Handwerks, aufgezeigt. Günstige Finanzierungshilfen, Zuschüsse zur Qualifizierung: Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Sparkassen sind hier die wichtigsten Partner für unsere Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein.

Nicht nur im Bereich der öffentlichen Auftraggeber beobachten wir die Neigung, nur noch Generalunternehmer zu beauftragen, auch private Kunden fordern zunehmend Komplettlösungen. Allein dieser letzte Bereich erfordert neue unternehmerische Vorgehensweisen, wie die Bildung von Arbeitsgemeinschaften oder das Anbieten von Leistungen aus einer Hand durch Kooperation und angebotenen Verbund.

„Fit für die Zukunft“, unter diesem Motto haben wir eine Reihe von Hilfen für das Handwerk anzubieten. Ich erinnere nur an das Beispiel der Fortsetzung Meister-Bafög oder an die Bezuschussung der überbetrieblichen Ausbildung, denn Qualifizierung und die Nutzung neuer Technologien ist wichtig für den Zukunftsbestand. Weiter werden wir nicht verhindern können, dass die Richtlinien der EU und die Ausnahmeregelung des § 8 der Handwerksordnung den Konkurrenzdruck verstärken wird.

Um hier einen Dambruch zu verhindern, teile ich daher nach wie vor die Auffassung der Landesregierung, an dem großen Befähigungsnachweis, d. h. einer Meisterprüfung, festzuhalten. Auch wenn die Monopolkommission die Abschaffung gefordert hat. Nach wie vor sind die Meisterprüfungen das größte Existenzgründungsprogramm, das wir haben, denn immerhin machen sich jährlich rund 60 % aller Absolventen anschließend selbständig.

Mit 20.000 Ausbildungsplätzen ist das Handwerk der ausbildungsintensivste Bereich der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Erfreulich ist, dass inzwischen 30 % der Auszubildenden den Realschulabschluss haben. Aber warum soll nicht durch eine Imageverbesserung des Handwerks es auch den Abiturienten schmackhaft gemacht werden, ein Handwerk zu erlernen?

Wir haben in Schleswig-Holstein einen Schritt dazu getan, indem wir die Studienmöglichkeit auch für erfolgreich beruflich Tätige geschaffen haben. Es ist aber nicht allein der immer noch ungebrochene Trend zu einem Weißkittelberuf, der Abiturienten von einem Handwerk abhält, sondern es ist die Belastung der Familien, die in mittelständigen

schen Unternehmen und insbesondere im Handwerk mit der Selbständigkeit einhergeht.

Immer ist in Handwerksbetrieben auch die gesamte Familie betroffen. Nie gibt es für die Familie eine 38-Stunden-Woche. Immer ist die Ehefrau mit betroffen, häufig auch mithaftend oder im Beruf tätig. Meist sind es auch die Kinder, die bei Engpässen helfen müssen. Diese familiäre Belastung lässt viele davor zurückschrecken, sich selbständig zu machen. Das gilt auch für die Nachfolgeregelung, wozu der Bericht allerdings keine neue Zahl ausweist. Bei der Betriebsweiterführung oder Betriebsübernahme wird nach wie vor von Schwierigkeiten berichtet.

Man kann auch nicht über Handwerk sprechen, ohne über Schwarzarbeit zu sprechen. Ursachen für Schwarzarbeit mögen zwar in erster Linie die hohen Lohnnebenkosten sein, aber das Grundübel für die Schwarzarbeit ist deren gesellschaftliche Akzeptanz. Es gilt eher als clever denn als Betrug, Schwarzarbeit organisiert zu haben oder Schwarzarbeit zu leisten. Und der Blick auf den „Schwarzarbeiter“ ist zu einseitig, denn es gibt immer auch einen Schwarzarbeitgeber. Dieser gesellschaftlichen Akzeptanz der Schwarzarbeit gilt es entgegenzuwirken.

Wir unterstützen daher weiter die gesetzgeberischen Initiativen zur Verfolgung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Dies ist auch einer der 5 Punkte, die im Juni vom Wirtschaftsminister mit der Bauwirtschaft vereinbart wurden. Ein weiterer Punkt war, dass die Verdingungsordnungen strikt einzuhalten sind. Und die Aufforderung an alle öffentlichen Auftraggeber, Bauleistungen so weit als möglich in Teil- und Fachlose getrennt zu vergeben und bei der Wertung der Angebote die natürlichen Vorteile regionaler Anbieter mit Ortsnähe und schneller Verfügbarkeit zu bevorzugen.

Die Bewilligungsbescheide des Wirtschaftsministeriums zukünftig mit einer Informationsschrift über die Vergabevorschriften zu versehen, halte ich für den richtigen Weg. Denn bei der Beurteilung des wirtschaftlichsten Angebotes, das häufig mit dem billigsten verwechselt wird, sind die Einhaltung von Gewährleistungsbedingungen ein

nicht zu unterschätzender Faktor. Und diese Gewährleistung kann durch den ortsnahe regionalen Handwerker eben sehr viel eher geleistet werden als durch einen pleite gegangenen Unterunternehmer eines Generalunternehmers.

Zur Vereinbarung gehört auch, dass die Zahlungsmoral, ich will mal sagen die zögerliche Zahlungsmoral, der privaten Auftraggeber inzwischen abgefärbt hat auf die öffentliche Hand. Auch hier ist die Weisung des Wirtschaftsministers an seinen nachgeordneten Bereich, pünktlich zu zahlen, notwendig geworden.

Dass Tariftreue gesetzlich vorgeschrieben werden soll, ist im Augenblick im Gesetzgebungsgang. Und die Zusage des Landesarbeitsamtes, dass auf Baustellen verschärft die Einhaltung von Mindestlohnvorschriften nach dem Arbeitnehmerentendengesetz geprüft werden, gehört ebenfalls zu den mit der Bauwirtschaft vereinbarten Punkten.

Der Bundesrat hat ja den Bundestag aufgefordert, ein Vergabegesetz zu verabschieden. Damit würden die Rahmenbedingungen in allen 16 Bundesländern auf die gleiche Grundlage gestellt werden. Wir werden prüfen, ob dann ein Schleswig-Holstein-Vergabegesetz entfallen könnte.

Wir werden mit Sicherheit über den einen oder anderen Punkt aus dem Bericht im Wirtschaftsausschuss noch zu beraten haben, aber vielleicht abschließend noch ein paar Sätze zu den Perspektiven des Handwerks.

Ich werde einen Satz voranstellen, der für mich am ehesten die Situation charakterisiert. Die Stimmung ist schlechter als die Lage. Wenn 99,8 % aller Unternehmen im Lande Klein-, mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe ausmachen, dann ist es logisch, dass die Landesregierung und Bundesregierung mit Nachdruck eine mittelstandsfreundliche Politik verfolgen. Dazu ist u. a. eine Verstetigung der Aufträge hilfreich. Dazu hat die Auftragslage, das zeigt dieser Bericht deutlich, sowohl beim staatlichen Hochbau als auch beim Straßenbau, geführt. Wenn man die Jahre von 1990 bis

zum Jahr 2000 betrachtet, dann liegen die Bauausgaben beim staatlichen Hochbau im Schnitt kontinuierlich bei 200 Mio. DM. Auch beim Landesstraßenbau liegen die Mittel bei 90 - 100 Mio. DM kontinuierlich. Im übrigen interessanterweise auch im kommunalen Straßenbau, wo knapp über 100 Mio. DM jährlich erreicht werden. Der entscheidende Einbruch im Baubereich liegt in der zurückgegangenen Baunachfrage im Gewerbebau und im Wohnungsbau. Und hier zeigt sich, dass Wirtschaft eben auch von Zukunftserwartungen lebt. Investitionen werden mit einer Erwartungshaltung auf Vorteile in der Zukunft gemacht, und da hilft es wenig, ständig zu räsonieren, sich zu beklagen und die Gesamtsituation schlechter zu reden, als sie ist.

Aber im Gegensatz zur Opposition sind wir der Auffassung, dass es Politikern obliegt, Zuversicht auszustrahlen, Mut zu machen, nicht nur bei der Existenzgründung, sondern bei jeder konjunkturellen Situation, und es nicht beim Schwarzsehen zu belassen. Bei uns Sozialdemokraten sind die Sorgen, aber auch die Chancen des Handwerks gut aufgehoben.